
Sloweniens Weg zur Unabhängigkeit

Rezension von: Joachim Hösler,
Slowenien. Von den Anfängen bis zur
Gegenwart, Verlag Friedrich Pustet,
Regensburg 2006, 264 Seiten, € 26,90.

Im Rahmen der eindrucksvollen Reihe „Ost- und Südosteuropa. Geschichte der Länder und Völker“ des Verlags Friedrich Pustet und der Südosteuropa-Gesellschaft München erschien nun die erste deutschsprachige Geschichte Sloweniens. Ihr Verfasser Joachim Hösler ist Spezialist für die Geschichte Krains und Privatdozent an der Philipps-Universität Marburg.

Von einer „slowenischen“ Geschichte kann streng genommen erst ab den 1840er Jahren die Rede sein, denn davor existierte dieser Begriff gar nicht, und eine (eingeschränkte) Staatlichkeit erlangte Slowenien überhaupt erst 1945/6.

Der vorliegende Band beschränkt sich allerdings nicht auf die zweite Hälfte des 19. und das 20. Jahrhundert, sondern bietet auch einen Abriss der langen ‚Vorgeschichte‘ seit der Antike. In geografischer Hinsicht bezieht sich die Darstellung in diesen Abschnitten auf die Alpen-Adria-Region zwischen Friaul im Westen und dem Übermurgebiet im Osten, zwischen der Steiermark sowie Kärnten im Norden und Istrien sowie dem Karstgebiet im Süden.

Diese Region kam schon im Hochmittelalter unter die Herrschaft der Habsburger: die Steiermark 1282, Kärnten und Krain 1335, Görz (einschließlich Inneristriens und des Karstgebiets) 1374 und Triest 1382. Mit Recht merkt der Autor an, dass die Geschicke der

dort lebenden Menschen meist von den Interessen weit entfernter Entscheidungszentren bestimmt wurden: Rom, Konstantinopel bzw. Stambul, Venedig, Wien, im 20. Jahrhundert Berlin und Belgrad.

Aus den überlieferten Dokumenten geht hervor, dass sich die Landbevölkerung Krains in der Zeit des Vormärz nach wie vor mit den Begriffen „Herr“ und „Bauer“ orientierte. „Nationalität“ war den Menschen unbekannt. Patriotische Bekenntnisse bezogen sich auf das jeweilige Land (Krain, Steiermark etc.). Es ging also noch kein ethnischer Riss durch die Gesellschaft, sondern nur ein sozialer. Beherrscht wurde die überwiegend „krainisch“ oder „windisch“ sprechende Unterschicht nicht von „Deutschen“, sondern von „einer monarchietreuen, konservativen und bigotten Elite, deren Repräsentanten vielfach und in wachsender Zahl auch slawischen Hintergrund hatten“. (S. 84)

Der Begriff des Slowenischen tauchte erst in den Jahren 1844/5 auf, „krainisch“ wurde in der Folge abgelöst durch „slowenisch“. Die Länder übergreifende, nationale Ausdrucksweise ersetzte die traditionelle landesbezogene. Die moderne Geschichtsschreibung sieht den Beginn der slowenischen Nationalbewegung in diesen Jahren, als sich Gelehrte mit „slowenischer“ Sprache, Geschichte und Brauchtum befassten – in der erklärten Absicht, die ethnische Gruppe der „Slowenen“ von anderen abzugrenzen und ihren Status zu verbessern. In politischer Hinsicht war die slowenische Nationalbewegung in ihrer Anfangsphase kaisertreu, konservativ, die Ständegesellschaft verteidigend, katholisch.

Im Revolutionsjahr 1848 entstand das „Programm des Vereinten Slowe-

nien“, das erste ethnisch begründete, föderalistische Programm innerhalb der Habsburgermonarchie. Gefordert wurden darin die administrative Vereinigung der Slowenen in einem Königreich mit eigenem Landtag und die Einführung der slowenischen Sprache in Amt und Schule. Die dieses Programm vertretende Petitionsbewegung war immerhin erfolgreich in Bezug auf die Anerkennung des Slowenischen als Amtssprache.

Große faktische Aufwertung erfuhr die slowenische Sprache in der Zeit des Neoabsolutismus, denn in den Grundschulen, einer Domäne des Klerus, sorgte dieser für die Einführung von Slowenisch nicht nur als Unterrichtsfach, sondern auch als Unterrichtssprache.

Während der 1860er Jahre zeigte diese Schulpolitik Wirkung: Traditionelle, nicht ethnisch definierte Organisationen und Publikationen gerieten in die Krise, während national ausgerichtete Vereine, Interessenverbände und Presseorgane einen starken Aufschwung erlebten. Die ethnische Differenzierung der politischen Öffentlichkeit und der Zivilgesellschaft begann somit auch in den Kronländern der Alpen-Adria-Region: in Krain, Kärnten, der Steiermark und im Küstenland (Triest, Görz und Istrien).¹

Der österreich-ungarische Ausgleich des Jahres 1867 stieß bei den slawischen Nationalbewegungen der Habsburgermonarchie auf Ablehnung, vernachlässigte er doch die Interessen der rund 60% der Bevölkerung Cisleithaniens stellenden Slawen. Die Forderungen nach „Gleichberechtigung“ und Wahrung von „Nationalität und Sprache“ (Art. 19 der Dezember-Verfassung 1867) nahmen in der Folge im Zielkatalog der slowenischen Nationalbewegung, die bis weit in den Ersten

Weltkrieg austroslawisch blieb, zentrale Positionen ein.

Zweifelloos trug die Enttäuschung über den Ausgleich zur Beschleunigung der nationalen Differenzierung der Zivilgesellschaft auch in den von slowenisch sprechender Bevölkerung bewohnten Kronländern bei. Die nationale Ausrichtung der Organisationen der politischen Öffentlichkeit (Vereine, Interessenverbände, Parteien, Publikationen) schritt nach 1867 rasch voran. Bei den krainischen Landtagswahlen des Jahres 1867 traten die slowenisch-nationalen Gruppierungen erstmals mit eigenen Wahlausschüssen und Listen an – und errangen die Mehrheit.

Die slowenische Nationalbewegung spaltete sich schon in den 1860er Jahren in konservativ-klerikale „Altslowenen“ und liberale „Jungslowenen“, wobei Erstere dominant blieben. Beide Richtungen kooperierten im Reichstag von 1876 bis 1893 im Rahmen des die Politik bestimmenden feudal-konservativen Hohenwart-Klubs. Sie orientierten sich nicht mehr am „Programm des Vereinten Slowenien“ von 1848, sondern verfolgten eine pragmatische – und recht erfolgreiche – Politik der kleinen Schritte. Ab der Okkupation Bosnien-Herzegowinas 1878 vertraten beide Parteien trialistische Vorstellungen: Der österreichisch-ungarische Dualismus der Habsburgermonarchie sollte zu einem österreich-ungarisch-slawischen Trialismus mit einem eigenen slawischen Reichsgebiet erweitert werden.

In den 1880er Jahren radikalisierten sich die Nationalbewegungen in der Alpen-Adria-Region. Deutschnationale Organisationen wie der „Deutsche Schulverein“ lehnten Mehrsprachigkeit ab und bekämpften die Gleichberechtigung der slowenischen Sprache in den Schulen. Die slowenische Nationalbe-

wegung reagierte darauf mit der Gründung des „Kyrill-Method“-Schulvereins, der insbesondere in Triest sehr aktiv und erfolgreich war. Die Schulpolitik bildete das wichtigste Konfliktfeld nationaler Auseinandersetzungen.

Während in Südkärnten und der mittleren Steiermark die Assimilation vom Slowenischen zum Deutschen anhielt, verlief die Assimilation in Krain, der Untersteiermark und in Triest zugunsten des Slowenischen. Die slowenische Landbevölkerung strömte in die Städte, um Arbeit in der wachsenden Zahl von Industrie- und Manufakturbetrieben zu finden. Die Bevölkerungszahlen von Laibach (1846 16.000, 1910 46.000) und insbesondere Triest (1850 70.000, 1914 230.000) vervielfachten sich. Die Integration ins urbane Umfeld gelang den Zuzüglern mit Hilfe der von der slowenischen Nationalbewegung aufgebauten slowenischsprachigen Infrastruktur. In Krain, der Untersteiermark und in Triest gingen Industrialisierung, Urbanisierung und Slowenisierung somit Hand in Hand. Es entstanden slowenisch sprechende Arbeiter- und bürgerliche Schichten.

In den 1890er Jahren beschleunigte sich in der Habsburgermonarchie der Wechsel von der Parteien- zur Massenpolitik, der nach 1873 begonnen hatte. Nicht nur in der Alpen-Adria-Region eskalierte die nationale Differenzierung. Die christlich-soziale Slowenische Volkspartei, Nachfolgerin der konservativ-klerikalen Altslowenen, verknüpfte erfolgreich den slowenischen Nationalismus mit dem Katholizismus und entwickelte sich zu einer Massenpartei, weil sie die sozialen Probleme der Bauern ansprach. Unternehmer, Bankiers und Geistliche aus der christlich-sozialen Bewegung gründeten Genossenschaften, in denen sich slowenisch sprechende

Bauern und Gewerbetreibende organisierten. Diese Genossenschaften erweiterten und verdichteten das Netz von slowenisch-nationalen Organisationen, welches sich über die Grenzen der Kronländer erstreckte.

Wie stark die nationalpolitische Differenzierung schon vorangeschritten war, wird besonders deutlich am Beispiel der Sozialdemokraten: Die 1896 in Laibach gegründete „Südslawische sozialdemokratische Partei“ vertrat nicht mehr den Internationalismus, sondern wandte sich nur noch an die „slowenische“ Arbeiterschaft.

Erst spät im Ersten Weltkrieg, nämlich im Sommer 1917, gab die slowenische Nationalbewegung ihren austroslawisch-trialistischen Kurs auf und suchte nach neuen politischen Optionen außerhalb der Habsburgermonarchie. Ausschlaggebend dafür waren die starre Haltung des Kaisers und seiner Regierung, der Vorwurf der Illoyalität an slowenische Politiker und an die slowenisch sprechende Bevölkerung generell, die Inhaftierung von slowenischen Geistlichen und Intellektuellen und auch der lange Zeit (bis zum Herbst 1917) ungünstige Verlauf des Krieges gegen Italien. Im Laufe des Jahres 1918 verfestigte sich die separatistische Stimmung deutlich, der endgültige Bruch mit Wien erfolgte im Sommer dieses Jahres.

Am 29. 10. 1918 proklamierte der aus den südslawischen Reichstags-Abgeordneten bestehende „Nationalrat“ den „Staat der Slowenen, Kroaten und Serben“. In der Folge setzten sich die Anhänger der Vereinigung des jungen SHS-Staates mit dem Königreich Serbien durch. In Belgrad rief der Prinzregent am 1. 12. das „Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen“ aus. In der Euphorie über den südslawischen Zusammenschluss vergaßen

die slowenischen und kroatischen Delegierten, über Autonomierechte zu verhandeln – ein schwerer Fehler, wie sich erweisen sollte.

Trotz des zentralistischen Staatsaufbaus und der politischen Dominanz serbischnationaler Kräfte im SHS-Königreich konnte in den beiden überwiegend von Slowenen bewohnten „Gebieten“ (*oblasti*) bzw. ab 1929 in der sog. „Drau-Banschaft“ die Nationsbildung fortgesetzt, das Ensemble nationalstaatlicher Einrichtungen erweitert werden. Die schul- und kulturpolitischen Behörden ebendort handelten de facto autonom. Die Slowenisierung der Gesellschaft schritt voran.

1927 wurde Anton Korošec, führender Kopf der Slowenischen Volkspartei, zum Ministerpräsidenten des Königreichs berufen – der einzige Nicht-Serbe, der je dieses Amt ausübte. Mit seinem Vorhaben, den Staat zu föderalisieren, scheiterte er. Die politischen Kluften vertieften sich, Zentralisten und Föderalisten standen einander unversöhnlich gegenüber. Im Jänner 1929 löste der Monarch das Parlament auf, suspendierte die Verfassung und errichtete eine Königsdiktatur. In den ehemals habsburgischen Landesteilen war die Enttäuschung über die ständige Benachteiligung gegenüber Alt-Serbien groß. Die Slowenische Volkspartei veröffentlichte im Dezember 1932 die föderalistischen „Slowenischen Punktationen“. Gefordert wurde darin die Neuordnung Jugoslawiens, wobei nationale Selbstverwaltungseinheiten finanzielle Selbstständigkeit und politische sowie kulturelle Freiheit haben sollten. Dieses modern anmutende Konzept stieß freilich auf völlige Ablehnung durch das Regime.

Trotz des Endes der traditionellen Arbeitsteilung in der Alpen-Adria-Region, der protektionistischen Handels-

politiken und der Bevorzugung Alt-Serbiens durch die staatliche Investitionspolitik entwickelte sich die slowenische Wirtschaft, die ein weit höheres Niveau als die übrigen Regionalökonomien Jugoslawiens erreicht hatte, in der Zwischenkriegszeit vergleichsweise günstig. Die Wirtschaftsstruktur veränderte sich rasch: Der Anteil der Landwirtschaft an der erwerbstätigen Bevölkerung sank von rund zwei Dritteln Anfang der 1920er Jahre auf unter 50% 1941. Der Großteil der Agrarbevölkerung lebte freilich nach wie in sehr ärmlichen Verhältnissen.

Der Überfall des nationalsozialistischen Deutschland am 6. 4. 1941 hatte den raschen Zusammenbruch des Königreichs Jugoslawien zur Folge. Die frühere Drau-Banschaft wurde im Wesentlichen zwischen dem Deutschen Reich (Oberkrain und Untersteiermark) und Italien (Unter- und Innerkrain) aufgeteilt. Ziel der Besatzungsmächte war die Germanisierung bzw. Italianisierung der Bevölkerung, die Auslöschung alles Slowenischen. Der rasch einsetzende Widerstand bremste die Deportationen nach Deutschland und schränkte die Wirksamkeit der „Umvolkungs“-Maßnahmen wesentlich ein. Nach der Kapitulation Italiens im September 1943 verschärften die deutschen Besatzer die Bekämpfung der Partisanen und die Repression der Bevölkerung. SS-Verbände verübten Massaker an Zivilisten. All dies vermochte nicht zu verhindern, dass sich der politische und militärische Spielraum der kommunistisch dominierten „Befreiungsfront“ (OF), die in die von Tito geführten „Partisaneneinheiten Jugoslawiens“ eingegliedert war, ständig erweiterte. Die extreme Brutalität des Besatzungsregimes veranlasste viele Männer und Frauen aus der eher konservativ eingestellten Landbevölke-

rung, der Befreiungsfront beizutreten, welche nationalpolitische Programmatik und Symbolik in den Vordergrund stellte.

Doch im südlichen Alpen-Adria-Raum herrschte nicht nur Krieg, sondern auch ein erbitterter und von allen Seiten gnadenlos geführter Bürgerkrieg. Der slowenische Widerstand war gespalten, für die bürgerlichen Parteien war der Führungsanspruch der KPS inakzeptabel. Die Befreiungsfront bekämpfte nicht nur die Okkupanten, die Kollaborateure und die angeblichen oder tatsächlichen Helfershelfer, sondern auch ihre innenpolitischen Gegner, ermordete Anhänger des alten Regimes sowie Repräsentanten der bürgerlichen und klerikalen Elite und übte massiven Druck auf die Bevölkerung aus, die Partisanen zu unterstützen. Teile des städtischen Bürgertums und der Bauernschaft zogen die Kollaboration mit den Besatzungsmächten dem (untergeordneten) Zusammenwirken mit den Kommunisten vor. Ab September 1943 rüstete die SS die „Slowenische Landeswehr“ aus: Die *Domobranci* trugen an der Seite der Besatzungstruppen offene Gefechte gegen Partisanenverbände aus. In vielen Dörfern in umkämpften Gebieten entstanden „Dorfwehren“ zum Zweck der Selbstverteidigung: Beide Seiten warfen den Dorfbewohnern die Unterstützung der anderen vor, plünderten und erschossen Geiseln. In der offiziell proklamierten „Zeit der Rache“ von Mai 1945 bis Februar 1946 wurden Tausende *Domobranci*, die von den Briten an die Truppen Titos ausgeliefert worden waren, massakriert.

Hösler fasst den derzeitigen Forschungsstand über die Opferbilanz von Krieg und Bürgerkrieg zwischen April 1941 und Februar 1946 zusammen: Etwa 90.000 SlowenInnen (von

einer Gesamtbevölkerung der Draubanschaft von 1,15 Mio.) kamen in dieser Zeit gewaltsam ums Leben oder gingen ins Exil: „40.000 infolge des Krieges und der Okkupation, 50.000 infolge der innerslowenischen Abrechnung nach Kriegsende.“ (S. 183)

Das Trauma des Zweiten Weltkriegs und des Bürgerkriegs wirkt bis heute fort und belastet die slowenische Gesellschaft. Der Autor weist darauf hin, dass in der Geschichtswissenschaft und der historischen Publizistik Sloweniens zwei gegensätzliche Versionen der Geschichte existieren: die „Partisanen-Version“ und die „Domobran-ci-Version“. Die seit 2004 amtierende Mitte-Rechts-Regierung versucht, ihre Sicht der Geschichte politisch zu instrumentalisieren.² Differenzierte Interpretationen der Geschichte haben einen schweren Stand.

Das Leitungsgremium der OF, der „Volksbefreiungsrat“ (im Juni 1944 von den Alliierten anerkannt), setzte im Mai 1945 eine „nationale Regierung“ ein. Tatsächlicher Machthaber in Slowenien blieb die kommunistische Führung der OF. Bei den Wahlen zur konstituierenden Versammlung des neuen Jugoslawien im November 1945 lagen nur die Volksfront-Listen aus. Ende dieses Monats wurde die aus sechs Republiken bestehende „Föderative Volksrepublik Jugoslawien“ proklamiert. Slowenien erhielt somit die bis dahin höchste Form der Eigenstaatlichkeit. In der Kultur- und Bildungspolitik waren die Teilrepubliken autonom. Die Hauptrichtungen der Politik wurden in Belgrad festgelegt, wobei an den Entscheidungen einflussreiche slowenische Kommunisten wie Edvard Kardelj maßgeblich beteiligt waren.

Mit dem Bruch zwischen Stalin und Tito 1948 begann der Sonderweg Jugoslawiens, und zwar in der Außenpo-

litik (keine Satellitenstaats-Rolle innerhalb des Warschauer Pakts, sondern Teilnahme an der Bewegung der blockfreien Staaten) und teilweise auch in der Wirtschaftspolitik (Arbeiter selbstverwaltungs-Sozialismus ab 1950). Der temporäre Bruch mit der Sowjetunion bedeutete jedoch keine Entstalinisierung – im Gegenteil: Die Kollektivierung der Landwirtschaft wurde forciert, die politischen Säuberungswellen standen jenen im sowjetisch kontrollierten Osteuropa nicht nach. Dass das titoistische Jugoslawien bei vielen Menschen bereits den Vertrauenscredit verspielt hatte, zeigt sich u. a. an den Auswanderungszahlen: Allein aus Slowenien emigrierten bis Anfang der 1960er Jahre mehr als 31.000 Personen, überwiegend aus politischen Motiven.

Die im Juni 1950 eingeführte Arbeiterselbstverwaltung implizierte den Abbau zentraler staatlicher Planung und die Dezentralisierung der betreffenden Entscheidungsprozesse, insbesondere auf betriebliche „Arbeiterräte“. Die Wirtschaftsreform von 1965 verankerte die „selbstverwaltete sozialistische Marktwirtschaft“. Großgemeinden und Republiken erhielten mehr Autonomie und traten verstärkt als Wirtschaftsakteure auf. Die tatsächliche Entscheidungsmacht lag in dieser Wirtschaftsordnung jedoch nicht – wie in der Theorie – bei den Arbeiterräten, sondern bei lokal oder bundesweit agierenden Betriebsdirektoren, die in enger Verbindung mit den Parteiapparaten standen. Nach sehr rascher wirtschaftlicher Expansion waren die Wachstumsraten bereits Mitte der 1960er Jahre deutlich zurückgegangen. Wie den Planwirtschaften des RGW gelang auch der „sozialistischen Marktwirtschaft“ Jugoslawiens nur in Teilbereichen der Übergang von exten-

sivem zu intensivem Wirtschaftswachstum. Auf die ökonomische Krise Mitte der 1970er Jahre reagierte die Staatsführung mit der massiven Aufnahme von Auslandskrediten. Jahrelang wurde ein zu hohes Konsumniveau auf Pump finanziert. Der wirtschaftliche Kollaps folgte in den 1980er Jahren.

Slowenien bildete einen Teil des „wohlhabenden Nordens“ Jugoslawiens. Der Strukturwandel zugunsten der Industrie wurde planmäßig vorangetrieben, Erzeugnisse der modernisierten Sachgüterproduktion fanden im Nachkriegsboom im ganzen Land rasch wachsende Märkte. Slowenien profitierte insbesondere vom hohen Ausbildungsniveau der Arbeitskräfte und den intensiven Westkontakten. Vorzeigeunternehmen wie „Elan“ und „Gorenje“ vermochten Marktanteile in Westeuropa zu erringen. Mitte der 1970er Jahre lag das Pro-Kopf-Einkommen in Slowenien rund doppelt so hoch wie der jugoslawische Durchschnitt. Sehr bedeutsam war die ökonomisch motivierte Migration: Die Auswanderung nach Westeuropa und Übersee wurde überkompensiert durch Einwanderung aus anderen jugoslawischen Teilrepubliken.

Der Anfang vom Ende Jugoslawiens begann schon mit der Verfassungsänderung 1974, setzte diese doch die Dezentralisierung des politischen Systems fort. Es wurden so viele Kompetenzen von der Bundesregierung auf die Republiken übertragen, dass das Land von der Hauptstadt aus geradezu unregierbar wurde. Die akzentuierte Föderalisierung hatte jedoch nicht die beabsichtigte Abschwächung der Konflikte zwischen den Teilrepubliken zur Folge: Da von diesen unter den krisenhaften wirtschaftlichen Bedingungen mehr und mehr die jeweiligen Partikularinteressen verfochten wur-

den, verschärften sich die Auseinandersetzungen um die Zahlungen in den Bundesentwicklungsfonds etc. weiter. Die zentrifugalen Kräfte gewannen schließlich in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre die Oberhand, als in der serbischen Teilrepublik Milošević auf einen radikalen, aggressiven und gewaltbereiten serbischen Nationalismus setzte und die politischen Eliten in den anderen Teilrepubliken unter Druck setzte.

Die Entwicklung, die letztlich in die Unabhängigkeit Sloweniens mündete, wurde also nicht nur von der gesellschaftlich-politischen Dynamik in der slowenischen Teilrepublik, sondern auch vom Handeln der Bundesregierung in Belgrad und der Führung der serbischen Teilrepublik bestimmt, wobei Letzteres erhebliche Auswirkungen auf Erstere zeitigte.

Nach dem Tode Titos im Mai 1980 büßten Titoismus, Jugoslawismus und der Mythos der Befreiungsbewegung rasch an integrativer Wirkung ein.

Die katastrophale Wirtschaftskrise Jugoslawiens in der ersten Hälfte der 1980er Jahre – stark fallende Realeinkommen in vielen Teilrepubliken (im Durchschnitt minus 40% 1980-86!!), hohe Auslandsverschuldung, galoppierende Inflation, sinkender Außenwert des Dinars, Versorgungsengpässe – weckte in Slowenien die Befürchtung, dass über kurz oder lang auch der eigene Lebensstandard in Mitleidenschaft gezogen würde. Tatsächlich verringerten sich in Slowenien in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre die realen Pro-Kopf-Einkommen. Zweifellos trug das Scheitern des Selbstverwaltungs-Sozialismus wesentlich dazu bei, dass für wachsende Teile der slowenischen Bevölkerung der Austritt aus Jugoslawien zunehmend attraktiv erschien.

Im Februar 1987 forderten oppositionelle Intellektuelle in der Zeitschrift „Nova Revija“ Demokratie und Pluralismus in Slowenien. Diese Provokation wurde nicht mit Repression beantwortet. Der „slowenische Frühling“ begann. Als Schlüsselereignis für die politische Entwicklung Sloweniens und das Verhältnis dieser Teilrepublik zur Zentralregierung erwies sich die „Affäre Janša“. In der Zeitschrift „Mladina“ übten Janša – der derzeitige Ministerpräsident Sloweniens – und andere Journalisten heftige Kritik an der jugoslawischen Volksarmee, die zu einem Staat im Staat geworden war und immer mehr als eigenständiger politischer Akteur auftrat. Janša und drei Mitarbeiter wurden im Mai 1988 verhaftet und des Verrats von Staatsgeheimnissen beschuldigt. Der „Ausschuss für die Wahrung der Menschenrechte“, der die Angeklagten unterstützte, wurde rasch zu einem breiten oppositionellen Sammelbecken, seine Sache stieß in der Bevölkerung auf große Unterstützung. Der „Ausschuss“ bildete in der Folge den Ausgangspunkt neuer politischer Parteien. Unter dem Eindruck der Solidarisierung mit den Beschuldigten und den Massendemonstrationen vollzog die slowenische KP (ZKS) unter der Führung Milan Kučans den Schulterschluss mit der oppositionellen Zivilgesellschaft. Nach dem Prozess, der mit hohen Gefängnisstrafen endete, ergaben Umfragen erstmals eine (Zwei-Drittel-)Mehrheit zugunsten der slowenischen Unabhängigkeit.

In der entscheidenden Frage der Änderung der jugoslawischen Verfassung bestanden diametral entgegengesetzte Auffassungen. Die kroatische und die slowenische Teilrepublik ebenso wie die slowenische Opposition forderten eine Umwandlung Jugoslawiens in eine Konföderation souveräner Staaten. Die

Bundesregierung in Belgrad und die serbische Teilrepublik hingegen traten für eine Stärkung der Zentralgewalt ein. In Serbien hatte Milošević, seit 1986 Parteichef der serbischen KP, diese auf einen radikal-nationalistischen Kurs gebracht. Die von der serbischen Führung geforderte Zentralisierung politischer Kompetenzen hätte der serbischen Teilrepublik die Dominanz im Gesamtstaat gesichert. Milošević, ab Mai 1989 Staatspräsident Serbiens, förderte ganz bewusst und planvoll latent vorhandene Feindbilder und instrumentalisierte sie für seine Politik. „Damit war der Weg zu Gewalteskalation und Krieg vorgezeichnet.“³ Bereits Anfang 1989 war die Autonomie des Kosovo aufgehoben worden. In Slowenien blickte man mit wachsendem Argwohn auf die Politik der serbischen Regierung: Die Einrichtung eines brutalen und willkürlichen Polizeiregimes im Kosovo verhieß nichts Gutes. Befürchtet wurde die Umwandlung Jugoslawiens in ein „Großserbien“.

Regierung und Opposition in Laibach stimmten überein in Bezug auf die Prinzipien der Souveränität des slowenischen Volks, des politischen Pluralismus und freier Wahlen. Im September 1989 verabschiedete das Parlament die Verfassungsänderung, welche das Selbstbestimmungsrecht, bürgerliche Freiheiten, Demokratie und eine gemischte Wirtschaftsordnung beinhaltete. Bei den ersten freien und demokratischen Wahlen im April 1990 siegte das Oppositionsbündnis DEMOS. Die neue Regierung, die der Christdemokrat Lojze Peterle führte, stellte die Weichen in Richtung auf ein unabhängiges Slowenien. Bei der Volksabstimmung über die Frage der Unabhängigkeit stimmten im Dezember 1990 95% der WählerInnen (88% aller Wahlberechtigten) für die

staatliche Selbstständigkeit.⁴ Zwischen Dezember 1990 und Februar 1991 fanden Gespräche zwischen dem slowenischen Staatspräsidenten Kucan und dem jugoslawischen Staatspräsidium über die Möglichkeit einer Konföderation statt, führten aber zu keiner Einigung. Die Bundesregierung besaß freilich Anfang 1990 kaum noch Einfluss und Handlungsmöglichkeiten.

Am 25. 6. 1991 proklamierte das Parlament die Unabhängigkeit Sloweniens, womit der Austritt aus der jugoslawischen Föderation de jure und de facto vollzogen wurde. (Am selben Tag erklärte auch das Parlament in Agram die Unabhängigkeit.) Zwei Tage später setzte die Bundesregierung die Jugoslawische Volksarmee in Marsch – ein letzter Schritt der Selbstkompromittierung. Doch der Widerstand in Slowenien war gut organisiert, und so ging der Zehn-Tage-Krieg für die ganz junge Republik erfolgreich und – v. a. im Vergleich zu den Vorgängen in Kroatien, Bosnien und im Kosovo – einigermaßen glimpflich aus. Im Jänner 1992 erkannte die EU den neuen Staat völkerrechtlich an.

In den ersten sechzehn Jahren erwies sich die slowenische Demokratie als bemerkenswert stabil. Die Regierungswechsel verliefen unspektakulär: Die von 1992 bis 2004 amtierenden Mitte-Links-Regierungen hielten das Land auf einem staatlich gesteuerten, wirtschaftlich erfolgreichen und sozial abgefederten Transformationskurs. Das BIP pro Kopf in KKP stieg nach Angaben von Eurostat von 62% des EU-15-Durchschnitts 1995 auf 74% 2005. Mit den Beitritten zur NATO am 29. 4. 2004 und zur EU am 1. 5. 2004 wurden die wichtigsten außenpolitischen Ziele erreicht. Seit Oktober 2004 hat Slowenien eine Mitte-Rechts-Regierung, die einen stärker neoliberal

ausgerichteten Kurs verfolgt und den sozialen Ausgleich vernachlässigt.

Joachim Höslér hat eine sehr empfehlenswerte Einführung in die Geschichte Sloweniens geschrieben, die sich auf das Wesentliche konzentriert. Gerade in Österreich ist dem Band große Verbreitung zu wünschen, ist doch Slowenien jenes der Nachbarländer, über das hierzulande der Wissensstand am geringsten ist. Der Rezensent hofft sehr, dass der Pustet-Verlag die Reihe Ost- und Südosteuropa vervollständigen wird, also auch einschlägige Bände über Weißrussland, Serbien, Montenegro, Bosnien und Mazedonien vorlegen wird.

Martin Mailberg

Anmerkungen

¹ Zur Entwicklung von politischer Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft siehe insbe-

sondere: Österreichische Akademie der Wissenschaften, Die Habsburgermonarchie 1848-1918, Band VIII, Politische Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft, hrsg. von Helmut Rumpler und Peter Urbantsch im Auftrag der Kommission für die Geschichte der Habsburgermonarchie (Wien 2006). Vergleiche die Rezension in diesem Heft.

² Siehe dazu: Luthar, Oto; Luthar, Breda, Historische Darstellung oder/als Vergangenheitspolitik? Zur Entstehung einer radikalen Umdeutung der Kriegs- und Nachkriegsgeschichte Sloweniens, in: Zeitgeschichte 33/3 (2006) 135-146.

³ Steinhoff, Ludwig, Kroatien. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart (Regensburg, München 2001) 207.

⁴ Die ablehnende Haltung mancher westlicher Politiker und Kommentatoren gegenüber der staatlichen Unabhängigkeit Sloweniens selbst nach der Volksabstimmung belegt v. a. eines: die Ignoranz und Arroganz dieser Personen.